

Antragsbereich E: Europa und Internationales

Antrag E1_16/2

1 Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppe Freiburg

2
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

5 **E1_16/2 Keine Fußball-WM auf dem Rücken** 6 **der Arbeitsmigrant*innen in Katar**

7 Als historischer Teil der internationalen Arbeiter*innenbewegung sind wir Juso-Hochschulgruppen
8 deren Kernforderungen und Werten auf ewig verbunden und kämpfen zu allen Zeiten für deren
9 Durchsetzung. Die Industriearbeiter*innenschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts
10 forderte faire Bezahlung, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und demokratische
11 Mitbestimmung. In ihrem 150-jährigen Wirken konnte die deutsche Sozialdemokratie
12 substanzielle Verbesserungen in diesen Bereichen erkämpfen. Aber unser Blick darf nicht nur auf
13 Deutschland und Europa gerichtet sein. Wir sind Teil einer internationalistischen Bewegung, die
14 weltweit für diese Kernforderungen und Werte kämpfen muss. Deshalb dürfen wir vor
15 Verletzungen grundlegender Menschenrechte nicht die Augen verschließen.

16
17 Besonderes Schlaglicht, was solche Verletzungen angeht, fällt in jüngster Zeit auf die
18 Ausrichter*innen der Fußballweltmeisterschaft 2022, das Golfemirat Katar. Ebenso wie in dessen
19 Nachbar*innenstaaten Saudi-Arabien, Bahrain oder den Vereinigten Arabischen Emiraten, werden
20 in Katar Millionen von Arbeitsmigrant*innen, vor allem aus Indien, Pakistan, Bangladesch, Nepal
21 und afrikanischen Staaten, ausgebeutet, unterdrückt und zutiefst in ihren Menschenrechten
22 verletzt. Dies findet in vielen Arbeitssektoren statt, zahlenmäßig am stärksten aber in der
23 Baubranche. Der Bauboom dauert in der Golfregion weiterhin an und die Vergabe der Fußball-
24 Weltmeisterschaft hat diesen Trend in Katar noch erheblich verstärkt. WM-Stadien, Hotels und
25 riesige Infrastrukturprojekte werden aus dem Boden gestampft. Ein Milliardengeschäft, bei dem
26 auch europäische und nordamerikanische Baukonzerne und Planungsbüros großflächig mitwirken.
27 Aus Deutschland sind der Baukonzern Hochtief und das Architekt*innenbüro Albert Speer &
28 Partner vertreten. Die Konzerne und Planungsbüros, die am Bauboom in Katar beteiligt sind,
29 machen sich damit an massiven Menschenrechtsverletzungen mitschuldig. Hochtief rühmt sich
30 auf seiner Homepage als attraktive*r Arbeitgeber*in mit besonderem Fokus auf Arbeitssicherheit
31 und Gesundheitsschutz, im Angesicht der Zustände auf den Baustellen und Unterkünften
32 erscheint dies als blanker Hohn. Es zeigt sich, dass dies für die in Katar und den restlichen
33 Golfstaaten aktiven Unternehmen nur Lippenbekenntnisse sind, an die sie sich nur zu halten
34 gedenken, wenn die Rechtslage im jeweiligen Staat ihnen dies vorschreibt. Auch die von der
35 Arbeitgeber*innenseite stets hochgelobte Tarifautonomie wird da flugs über Bord geworfen. Die
36 katarische Regierung schafft durch ihre als rassistisch zu bezeichnende, Arbeitsgesetzgebung den
37 Rahmen dafür und tut darüber hinaus viel, um die Arbeitsmigrant*innen wie Menschen zweiter
38 Klasse zu behandeln, deren Menschenwürde nicht viel wert ist. Jede*r, der*die Geschäfte in den
39 betreffenden Staaten macht, akzeptiert dieses System und trägt zu seiner Erhaltung bei. Viele
40 profitieren bewusst davon, ohne sich für eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse einzusetzen.

41
42 Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB), in dem auch der deutsche DGB Mitglied ist, hat in
43 einer kürzlich herausgegebenen breiten Studie sämtliche Missstände in Katar aufgeführt, auch

44 durch Zeugenaussagen von betroffenen Arbeitsmigrant*innen.² In der Tat ist von uns als
45 selbstverständlich geltenden sozialen Werten wenig zu sehen. Arbeitsmigrant*innen arbeiten für
46 Hungerlöhne (der Bericht rechnet für einen Vorzeigearbeiter einen Stundenlohn von 1,50 \$), die
47 oft auch nicht rechtzeitig ausbezahlt werden. Teilweise werden sie unterschiedlich schlecht
48 bezahlt, abhängig von ihrem Herkunftsland. Überstunden sind an der Tagesordnung, teilweise
49 ganz ohne Bezahlung. Die Menschen arbeiten unter unwürdigen Bedingungen bei Temperaturen
50 um die 49 °C und dies oft bis zu 13 Stunden sechs Tage die Woche. Eine schlechte medizinische
51 Versorgung trifft auf mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen und, gerade auf Baustellen,
52 gefährliche Arbeiten. Laut Berechnungen des IGB kommen in Katar jedes Jahr allein 1000
53 Arbeitsmigrant*innen ums Leben. Diese Zahlen wurden internen katarischen
54 Gesundheitsberichten entnommen. Gegen eine Veröffentlichung dieser Zahlen oder eine
55 öffentliche Untersuchung beispielsweise durch Journalist*innen sperrt sich die katarische
56 Regierung. Zudem gibt es Versuche, die Statistiken zu verfälschen, indem Todesursachen als
57 unbekannt oder als Herzinfarkt angegeben werden, obwohl sich dahinter oft Arbeitsunfälle
58 verbergen. Eine weitere Ursache sind arbeitsbedingte Erkrankungen wie beispielsweise
59 Dehydration.

60
61 Die Einrichtung von Gruppenunterkünften für Arbeiter*innen ist in Stadtzentren gesetzlich
62 untersagt, sie werden dementsprechend in eigenen Lagern außerhalb der Städte untergebracht.
63 Die Lagerstädte sind Massenunterkünfte, die einzelnen Zimmer mit zu vielen Menschen belegt,
64 oft mit sehr niedrigen hygienischen Standards. Die dortige Versorgung mit Wasser und Nahrung
65 ist nicht ausreichend. Aber damit ist der Gipfel der schlimmen Zustände in Katar noch nicht
66 erreicht. Die übelsten Misshandlungen finden im Rahmen von Gesetzen statt und sind vom Staat
67 forciert.

68 Das grundlegende Übel besteht im sogenannten Kafalensystem, welches auch in den anderen
69 Golfstaaten existiert. Gastarbeiter*innen dürfen nur mit einer*inem Bürgin*Bürgen, den im
70 Normalfall der/ die Arbeitgeber*in gibt, in das Land einreisen. Das liefert die
71 Arbeitsmigrant*innen komplett ihren/ ihrer Arbeitgeber*in aus, denen sie ihren Pass übergeben
72 müssen und ohne deren Zustimmung sie weder das Land verlassen noch den Arbeitsplatz
73 wechseln dürfen. Die*Der Bürgin*Bürge ist gesetzlich dazu verpflichtet jederzeit, über den
74 Aufenthaltsort seiner "Schützlinge" Bescheid zu wissen. Falls er dies nicht tut, muss sie*er sie bei
75 staatlicher Stelle als "entlaufen" melden. Wer als "entlaufen" gemeldet ist, darf das Land nicht
76 mehr verlassen, hat sich zeitgleich aber strafbar gemacht, lebt also bis zu seiner Festnahme ein
77 Leben in der Illegalität. Freilich muss der*die Arbeitgeber*in nicht nachweisen, dass ihr*ihm der
78 Aufenthaltsort nicht bekannt ist. Im Gegenteil werden Arbeitsmigrant*innen oftmals auch
79 gemeldet, obwohl klar ist, wo sie sich aufhalten, wenn sie ihrem/ ihrer Arbeitgeber*in unliebsam
80 werden, etwa weil sie versuchen, gegen die Verletzung ihrer Rechte zu klagen. Dies öffnet
81 Erpressung, Zwangsarbeit und Lohnausbeutung Tür und Tor. Ohne die Möglichkeit den*die
82 Arbeitgeber*in zu wechseln oder das Land vorzeitig zu verlassen, sind Arbeitnehmer*innen bei
83 Vertragsgesprächen klar unterlegen. Und wer sich gegen Arbeitsbedingungen, Maßnahmen seines
84 Arbeitgeber*in oder Verletzung seiner Rechte wehren will, riskiert, gemeldet zu werden. Eine
85 absolute Abhängigkeit entsteht, eine Form moderner Sklaverei. Eine Vereinigung in Form von
86 Gewerkschaften oder die Bildung von Betriebsräten oder betriebliche Mitbestimmung ist
87 ausländischen Arbeitnehmer*innen untersagt. Gehört werden etwaige Anliegen der
88 Arbeiter*innen sowieso nicht, da ihnen kein Zugang zum katarischen Rechtssystem zugestanden
89 wird. Es existieren keine Beschwerdestellen, an die sich die Arbeiter*innen wenden können.
90 Ebenso ist es ihnen nur mit Erlaubnis des*der Arbeitgeber*in möglich, Geld bei Banken zu leihen
91 oder den Führerschein zu machen.

92

² Vgl. http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/qatar_de_web-2.pdf.

93 In Katar sind nur Verträge in der Landessprache gültig, sodass Verträge, die vorab in den
94 Heimatländern geschlossen wurden, oftmals nichtig sind. Sind die Arbeiter*innen dann in Katar,
95 wird ihnen ein fremdsprachiger Vertrag vorgelegt, den sie schlicht nochmals unterschreiben
96 sollen. Regelmäßig ist der Vertrag jedoch deutlich schlechter als der ursprünglich angebotene. So
97 erhalten die Arbeitnehmer*innen zum Beispiel deutlich weniger Lohn als eigentlich vereinbart.
98

99 Die Vermittlung der Verträge wird in vielen Fällen von Agenturen in den Heimatländern
100 übernommen, die hierfür eine Provision verlangen, zu zahlen von den*die Arbeitnehmer*in.
101 Teilweise vermitteln sie nur weiter an Agenturen in Katar, die ebenfalls eine Provision für sich
102 beanspruchen. Wenn diese entstehenden Kosten das Budget des*der Arbeiter*in übersteigen,
103 muss er*sie Schulden aufnehmen. In Verbindung mit dem geringeren Lohn als erwartet und der
104 Abhängigkeit von Arbeitgeber*in bei der Aufnahme von Bankkrediten, manifestiert dies das
105 Machtgefüge zwischen Arbeitnehmer*in und Arbeitgeber*in. Die Arbeitnehmer*innen haben oft
106 keine andere Wahl, als sich in Schuldknechtschaft zu begeben.
107

108 Wiederholt wurden in Berichten und Eingaben des IGB, der ILO (International Labour
109 Organisation) und der UN diese Zustände öffentlich bekannt. Weder die katarische Regierung
110 noch die betroffenen Unternehmen reagierten nennenswert auf die Forderungen von IGB und
111 ILO. Die Regierung Katars sicherte nur für 3,9 % der Arbeitenden eine menschenwürdige
112 Unterbringung zu, das seit Jahren angekündigte neue Arbeitsgesetz wird immer weiter
113 hinausgezögert. Aus schon bekannten Entwürfen ist allerdings ersichtlich, dass es die
114 Arbeitnehmer*innenrechte nicht verbessern wird. Nach wie vor weigert sich Katar, das
115 Zwangsarbeitsprotokoll der ILO zu unterzeichnen. Spätestens durch die veröffentlichten Berichte
116 müssten auch den in Katar tätigen Unternehmen die unhaltbaren Zustände bewusst geworden
117 sein. Alle international agierenden Unternehmen sind den OECD-Leitsätzen für multinationale
118 Unternehmen verpflichtet, welche eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht für diese
119 festschreibt. Demnach verstoßen die in Katar tätigen Unternehmen gegen diese. Für uns Juso-
120 Hochschulgruppen ist deshalb klar: Ändern sich die hier aufgeführten Bedingungen nicht radikal,
121 darf es 2022 keine Fußballweltmeisterschaft in Katar geben.
122

123 Dabei ist die Fußballweltmeisterschaft nicht Quell dieser unhaltbaren Zustände. Vielmehr sind
124 die Verhältnisse und der Umgang mit Arbeiter*innen in Katar Auswuchs der kapitalistischen
125 Verwertungslogik. Globale kapitalistische Dynamiken, insbesondere das Streben nach möglichst
126 viel Gewinn, haben den einstigen Sportgedanken der Fußballweltmeisterschaft längst verdrängt.
127 Moral, sichere Arbeitsplätze, eine gerechte Entlohnung sowie humane Arbeitszeiten lassen sich
128 mit dem kapitalistischem Streben nach Profit nicht vereinen. Dies lastet nun vor allem auf dem
129 Rücken der Arbeitsmigrant*innen in Katar. Doch auch ohne die WM existieren diese
130 menschenverachtenden Zustände. Und das nicht nur in Katar, sondern auch in den
131 Nachbarstaaten. Aus diesem Grund reicht die Forderung nach einem öffentlichen Boykott nicht
132 aus. Aber der momentane weltweite Fokus auf Katar, der diesem Turnier entspringt, kann
133 zusammen mit öffentlichem Druck von allen Seiten durchaus etwas bewirken. Katar hat viel zu
134 verlieren. Durch die Androhung von Seiten der FIFA, Katar die WM wieder zu entziehen oder
135 durch die Androhung der größten, vornehmlich europäischen Fußballverbände, die
136 Weltmeisterschaft zu boykottieren, könnten Katar und die dort tätigen Unternehmen zum
137 Umdenken gezwungen werden. Sowohl Katar als auch die dort tätigen Unternehmen würden bei
138 einem Entzug viele Milliarden Verluste einfahren. Deswegen ließen sie sich dadurch vielleicht
139 dazu bewegen, ernsthafte Verbesserungen umzusetzen und dies könnte tatsächlich zu einer
140 langfristigen Verbesserung der Situation der Arbeitsmigrant*innen führen, die auch auf die
141 Nachbar*innenstaaten Auswirkungen haben kann. Dies muss das primäre Ziel sein.
142

143 Damit darf allerdings nicht gewartet werden. Es bedarf der Kritik und der Maßnahmen jetzt und
144 nicht erst, wenn 2022 zum ersten Spiel angepfiffen wird und bis dahin bereits 7000 Menschen tot
145 sind und ihr Leben allein für die Weltmeisterschaft gelassen haben. Da sowohl die FIFA als auch
146 die nationalen Fußballverbände kaum von allein Androhungen für einen Entzug der WM oder
147 einen Boykott formulieren werden, muss gerade auf dieser Druck sowohl von allgemein
148 öffentlicher Seite, staatlicher Seite als auch von politischer Seite ausgeübt werden. Es empfiehlt
149 sich dabei ein abgestimmtes Vorgehen auf europäischer sowie internationaler Ebene. Die
150 momentan laufenden rechtlichen Ermittlungen gegen FIFA und DFB können dabei als effektives
151 Vehikel eingesetzt werden. Was den Druck auf Unternehmen angeht, so ist es in manchen
152 Staaten möglich (z.B. in den USA), rechtlich gegen Verletzung nationaler Gesetze durch dort
153 beheimatete Konzerne vorzugehen, auch wenn diese Verstöße außerhalb der Staatsgrenzen
154 begangen wurden. Auf diese Weise ließe sich der Druck erhöhen, um Verbesserungen für die
155 Arbeitsmigrant*innen durchzusetzen.

156

157 Was die konkreten Forderungen angeht, so unterstützen die Juso-Hochschulgruppe die durch den
158 Internationalen Gewerkschaftsbund gestellten Forderungen an die katarische Regierung:

- 159 • Abschaffung des Kafalasytems und der notwendigen Ausreisegenehmigung des Arbeitgebers/
160 der Arbeitgeberin
- 161 • Schaffung einer Arbeitnehmer*innenvertretung mit von den Arbeiter*innen gewählten
162 Vertreter*innen
- 163 • Arbeitsverträge durch Direktanstellung
- 164 • ein nationaler Mindestlohn und Tarifverhandlungsrechte
- 165 • ein betriebliches Beschwerdeverfahren und ein unabhängiges Arbeitsgericht sowie eine
166 staatliche Arbeitsaufsicht

167

168 Ebenfalls unterstützen wir die Forderungen des IGB an die in Katar tätigen Unternehmen, ihre
169 Angestellten in Katar nach den Standards ihrer europäischen und nordamerikanischen
170 Herkunftsländer zu behandeln sowie für sichere Arbeitsplätze, erträgliche Arbeitszeiten und
171 menschenwürdige Unterkünfte zu sorgen.

172

173 Falls sich jedoch letztendlich immer noch keine Besserungen in der Situation der Arbeitskräfte
174 einstellen, muss in letzter Konsequenz über einen politisch erzwungenen Boykott nachgedacht
175 werden. Sollte dieser auch nicht erfolgen, ist es die Aufgabe der Juso-Hochschulgruppen, Hand in
176 Hand mit unseren Bündnispartner*innen zu einem öffentlichen Boykott aufzurufen. Auch die SPD
177 muss in die Richtung einer kritischen Einstellung gegenüber den Zuständen in der Golfregion
178 gebracht werden.

179

180 Kein Bauboom und keine Weltmeisterschaft auf dem Rücken der internationalen
181 Arbeiter*innenschaft! Hoch die internationale Solidarität!